



Guten Tag, wir machen mal Gewerbekontrolle: Polizisten bei einer Razzia vor einem Restaurant in Neukölln. Foto: Paul Zinken/dpa/picture alliance

Gewerberecht als Türöffner

Polizei und Bezirksämter nutzen Gewerbekontrollen als Alibi für sogenannte „Clan-Razzien“. Eine Studie der Wirtschaftsverwaltung sorgt für Unruhe hinter den Kulissen – weil sie die Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Razzien infrage stellt

Von Mohamed Amjahid

Bilder von Hunderten von Polizist*innen bei Razzien vor Shisha-Bars, arabischen Supermärkten oder Spielhallen in Neukölln, Tempelhof oder Wedding machen regelmäßig bundesweit Schlagzeilen. Die Beamt*innen rücken oft mit einem Großaufgebot zu diesen Einsätzen an, zusammen mit dem Zoll, dem Finanz- oder Gesundheitsamt. Nun sorgt eine interne Studie, die von der Wirtschaftsverwaltung in Auftrag gegeben wurde, in den beteiligten Behörden für heftige Diskussionen über die Sinnhaftigkeit dieser Einsätze. Der taz liegt die 195 Seiten umfassende Studie exklusiv vor.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe beauftragte Ende 2020 die Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) mit einer Studie, die sogenannte Gewerbeüberwachung zu untersuchen. Die erwähnten Clan-Razzien laufen in der Hauptstadt meistens unter genau diesem Label. Rechtlich betrachtet fällt die Gewerbeüberwachung in Berlin in die Kompetenz des Landeskriminalamts (LKA). Seit Januar 2022 liegen die Ergebnisse vor. Sie zeigen gravierende Defizite im Zusammenhang mit der Gewerbeüberwachung auf und stellen die sogenannte Clan-Kriminalität grundsätzlich infrage.

Die Wissenschaftler*innen der HWR hatten einen exklusiven Zugang in die Behördenapparate und konnten mit Insider*innen sprechen, die maßgeblich die Gewerbeüberwachung in Berlin prägen. Erstaunlich ehrlich berichteten Mitarbeiter*innen von ihrer Unzufriedenheit und ihrer Skepsis gegenüber der Berliner Strategie gegen die vermeintlichen

Clan-Strukturen. Zwei zuständige Mitarbeiter*innen äußerten sich zum Beispiel in der Studie verärgert über Methoden, wie migrantisierte Kleinbetriebe unter Generalverdacht gesetzt würden. Eine der anonymisierten Mitarbeiter*innen schildert exemplarisch die Situation im Zusammenhang mit einem Reisebüro, das Pilgerfahrten nach Mekka anbietet: „Plötzlich möchte man in Reisebüros einreiten, möchte dann da mal wissen, was kann man denn (...) in Reisebüros eigentlich kontrollieren. Und es war alles irgendwie so verkehrtrüm.“

Und weiter wird der Mitarbeiter zitiert: „Dann durften wir Vermerke schreiben, was darf denn jetzt die Polizei gewerbeüberwachungsmäßig in Reisebüros kontrollieren. Dann wollten sie aber nur rein [...] weil sie den Clans oder wem auch immer ans Leder wollten.“ Die Studie strotzt vor Berichten, in denen Gründe konstruiert werden, um in Barbershops, Spätis oder Imbissbuden Kontrollen durchzuführen – in der Hoffnung, dann etwas zu finden.

Selbst Mitarbeiter*innen vom LKA, die in der Studie zu Wort kommen, lassen durchblicken, dass bei der Verhältnismäßigkeit in Sachen Clan-Bekämpfung etwas nicht stimmt. Ein*e hochrangige Beamt*in wird wie folgt zitiert: „Das ist im Grunde genommen das alte Lied von dem trojanischen Pferd, dass man also mit nem ‚Guten Tag, wir machen mal Gewerbekontrolle‘ angeritten kommt und genau genommen im Vorfeld eines wirklichen Profunden Verdachts, was einen veranlassen könnte, da meinetwegen eine Durchsuchung zu machen, agiert. Das ist natürlich ehrllich prägen Mitarbeiter*innen von ihrer Unzufriedenheit und ihrer Skepsis gegenüber der Berliner Strategie gegen die vermeintlichen

In den vergangenen Jahren haben sich im Abgeordnetenhaus, in den Bezirken und von

seiten der betroffenen Gewerbetreibenden mehrere Stimmen zu Wort gemeldet, die diese Praxis juristisch kritisch betrachten. Es stellt sich die Frage, warum die Sicherheitsbehörden in Berlin, so wie auch in anderen Bundesländern wie Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, so viele Ressourcen in diese inszenierten Verbundeinsätze investieren.

Ein*e Insider*in gibt darauf eine nüchterne Antwort: „Es kommt am Ende eigent-

Bei den Kontrollen wird sich schon was finden lassen, so die Hoffnung

lich nichts bei rum. Das muss man so sagen, es wird in der Presse anders verkauft.“ Tatsächlich fragen nur wenige Journalist*innen, was eigentlich konkret der Anlass und die Ergebnisse dieser Kontrollen sind. Es gibt genügend Fälle, in denen lediglich wenige Mengen unverzollter Shisha-Tabak beschlagnahmt oder die Richtwerte für Kohlenmonoxid in Innenräumen nicht eingehalten wurden.

Bei der Lektüre der Studie taucht immer wieder ein Wort auf: Verhältnismäßigkeit. Wenn man lange genug an einem Ort sucht, findet man etwas. In einer Großstadt sowieso. Dennoch, so geht aus der Studie hervor, finden die Beamt*innen bei den Verbundeinsätzen oft genug gar nichts und der Tross muss ergebnislos abziehen.

Auch die mit der Studie beauftragten Wissenschaftler*innen sehen die Verbundeinsätze kritisch: „Die Verfolgung von Straftaten ist von den Ordnungsaufgaben in Gewerbeangelegenheiten streng zu tren-

nen.“ Demnach ist die beschriebene Methode des „trojanischen Pferdes“ gesetzeswidrig, weil dabei eine vorgeschobene Gewerbeüberwachung als Brücke zu einer verdachtsunabhängigen Strafverfolgung dient. „Das Gewerbe ist kein Türöffner für die präventive Kontrolle von Straftaten“, heißt es in der Studie. In der Praxis halten sich Senat, LKA und Bezirke allerdings nicht an dieses Rechtsprinzip.

Dazu kommt, dass beim Berliner LKA schon seit 2007 keine Polizeianwärter*innen mehr für den Gewerbeaufsichtsdienst ausgebildet werden. Die Studie, die sich auf die Weiterentwicklung der Gewerbeüberwachung fokussiert, beschreibt, wie im Zusammenhang mit einem Personalmangel bei der Polizei einige Bezirke dazu übergegangen seien, die Verbundeinsätze auf eigene Faust zu organisieren.

Medienwirksames Agieren

Bei diesem „Learning by doing“ spielen die politischen Verantwortlichen in den Bezirken eine maßgebliche Rolle. Sie treiben ihre Verwaltungen an, in großen Gruppen Außeneinsätze durchzuführen. Eine verantwortliche Person in einem Bezirksamt schildert unverblümt die Intention hinter dieser Strategie: „Wir versuchen halt, auch außenwirksam und medienwirksam unsere Verfahren zu führen. Nicht dass wir rausgehen und sagen, ach Mensch, das ist ja nicht so schön, und man kriegt eine Woche später einen Bußgeldbescheid über einen geringeren Betrag, sondern dass wir halt auch im Rahmen der erzieherischen Maßnahmen auch mal tiefer in die Kasse greifen.“

Eine Mitarbeiter*in eines Bezirksamts berichtet dagegen von ihren Bedenken: „Die Polizei ist natürlich nicht personell, sondern einfach technisch besser ausgestattet als die Bezirke. (...) die Polizei hat Waffenträger, wir

haben keine Waffenträger. Es gibt natürlich immer mal wieder Situationen, wo es ein bisschen brenzlicher wird, gerade in diesen – nichtdeutscher Herkunft, sag ich mal, in diesen Bereichen, wenn man da einen Betrieb schließen will oder irgendwas, da ist es schon immer ganz gut, wenn man da jemand bei hat, der einen auch schützen kann.“

Bei den Razzien reagieren einige betroffene Gewerbetreibende emotional. Sie schlagen gegen Kameras, bedrohen anwesende Journalist*innen oder schreien die Beamt*innen an. Oft wird darauf hingewiesen, dass der Generalverdacht unfair und rassistisch motiviert sei. Viele Betroffene haben sich mittlerweile in Initiativen zusammengeschlossen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Und so geraten bei den Verbundeinsätzen staat-

liche Stellen an frustrierte Gewerbetreibende, denen man oft keine konkrete Straftat nachweisen kann, die aber unter massiver staatlicher Beobachtung stehen.

In der Studie wird deutlich, dass viele Beamt*innen in den Bezirken keine Lust mehr haben, für die Inszenierung von Politiker*innen ihre Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Außerdem würden durch die Konzentration auf die inszenierte Clan-Bekämpfung in Verbindung mit dem Personalmangel andere (nicht migrantisierte) Gewerbebetriebe in der Stadt „gar nicht überwacht“.

Beim Blick auf die Fernsehbilder, die während der Einsätze entstehen, sind die Ergebnisse dieser unabhängigen Untersuchung daher eine gute Grundlage – um zu verstehen, was wirklich hinter den Clan-Razzien steckt.

Anzeige

Bewirb dich jetzt! Bewerbungsstart 1.12.2022



Studieren ohne Studiengebühren für Schüler_innen und Berufserfahrene

- Soziale Arbeit (auch online)
- Physiotherapie/Ergotherapie
- Management und Versorgung im Gesundheitswesen
- Pflege (dual)
- Erziehung und Bildung in der Kindheit

ASH Berlin Alice Salomon Hochschule Berlin
University of Applied Sciences

www.ash-berlin.eu